STADT BIELEFELD
- Betriebsausschuss Umweltbetrieb -

Sitzung Nr.
BUWB/032/2024

Niederschrift

über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb

am 12.06.2024

Tagungsort:	Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn:	17:00 Uhr
Sitzungspause:	
Ende:	19:04 Uhr

Anwesend:

CDU
Frau Carla Steinkröger
Herr Frank Strothmann
Herr Werner Thole

SPD
Frau Dorothea Brinkmann
Herr Kai-Philipp Gladow
Herr Ole Heimbeck
Frau Sarah Leffers

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Adele Gerdes
Herr Thomas Krause
Herr Dominik Schnell
Herr Karl-Ernst Stille

FDP
Herr Micha Paul Kasper

AfD
Herr Dr. Joachim Lücke

Die Partei
Herr Frederik Schouwink

Die Linke
Herr Matthias Benni Stiesch

Verwaltung

Herr Seipel	Erster und Techn. Betriebsleiter
Herr Dr. Pues	Kaufmännischer Betriebsleiter
Frau Köppe	Dezernat III
Frau Jordan	GeschäftsBL 700.4
Herr Tippel	AbtL 700.45
Frau Malin Stuckmann	Abt. 700.01
Frau Goebel	Abt. 700.00
Frau Seifriedt	Schriftführerin, Abt. 700.132

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Thole stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 31.Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 16.05.2024**

Ohne Aussprache fasst der BUWB folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei drei Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Herr Seipel hat 3 Mitteilungen zu machen

Herr Seipel kündigt an, dass nach der Sommerpause gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz über das Thema Umgang mit Starkregenereignisse speziell in Bielefeld berichtet werden soll.

Der Johannisfriedhof hat dieses Jahr 150-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass findet am 30.06.2024 auf Johannisfriedhof ein ökumenischer Gottesdienst statt. Hierzu lädt Herr Seipel herzlich ein.

Aus aktuellem Anlass gibt Herr Seipel Informationen zur die Problematik Apfelstraße. Bereits in der letzten Sitzung wurde über die Havarie im Bereich „Apfelstraße“ berichtet.
Starker Wassereinbruch hat zum Straßeneinbruch geführt. Entgegen der Ausführungen in der letzten Sitzung, die Havarie schnell zu beheben, habe es sich anders ergeben, weil sehr starker Wasserdruck im Bereich der Baugrube zu verzeichnen war. Die Abwasserleitung sei saniert, die Baugrube ist soweit dicht und ab morgen beginnen die Stadtwerke mit den Arbeiten im Bereich Schieberkreuz. Dies geschehe vorsorglich. Ab Freitag sei die Straße wieder halbseitig befahrbar. Er erwartet, die Maßnahme könne in Kürze abgeschlossen werden.

Es habe sich gezeigt, dass sich die Ausspülung nicht weiter fortgesetzt hat. Es sei nach derzeitiger Kenntnislage kein Schaden, der sich durch die gesamte Apfelstraße fortsetzen würde.
Im Bereich der Kanäle wurden lediglich kleinere Schäden festgestellt, deren Behebung in den nächsten Monaten erfolgt.

Herr Thole weist darauf hin, dass Herr Adamski heute nicht an der Sitzung teilnimmt.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Sachstand Optimierung Kläranlagen**

Frau Jordan und Herr Tippel stellen anhand einer Präsentation den Sachstand Optimierung Kläranlagen vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Im Anschluss dankt Herr Thole Frau Jordan und Herrn Tippel für die sehr umfangreiche Präsentation und gibt den Tagesordnungspunkt zur Diskussion frei.

Im Vortrag sei nur von Heepen gesprochen worden. Frau Steinkröger fragt nach dem Zustand der anderen Kläranlagen in Bielefeld und der Nutzungsdauer der Anlagen. Gerade Kläranlagen seien sehr aggressiven Stoffen ausgesetzt. Ist die Sanierung ein fortlaufender Prozess oder beginnt man nach einer bestimmten Zeit wieder. Warum sei es jetzt eine so große Sanierung, wurde in den vergangenen Jahren nichts getan?

Herr Tippel gibt die Auskunft, dass es speziell Projekte gibt, die bereits abgeschlossen seien, aber auch noch begonnen werden. Ein großes Thema auf der Kläranlage Sennestadt sei die Gebläsestation, die neu errichtet worden sei. Ein großes Thema bei Kläranlagen sei die Belüftung. Dies sei wichtig für die Energieeffizienz.
Nächstes Projekt seien Fällmittelbehälter. Man müsse sich positionieren mit den gesetzlichen Anforderungen Richtung Phosphor. In Sennestadt sei die Nachklärung ein großes Thema. Man sei froh, dass die Kläranlage

Sennestadt noch eine im Vergleich junge Kläranlage ist. Die Alterserscheinungen seien noch nicht so gravierend wie bei anderen Kläranlagen. In der Abteilung 700.45 sei man so aufgestellt, dass man der entsprechenden Fragestellung nachgehen kann. Wie sieht die Maschinentechnik jetzt aus, muss sie erneuert werden, wenn ja wann?

Frau Jordan weist auf das fachliche Know-how hin. Die Abteilung 700.45 mit Herrn Tippel als Abteilungsleiter wurde vor 2 Jahren ganz neu gegründet, weil man einen großen Sanierungsstau habe und man im laufenden Betrieb keine Kapazitäten mehr hatte. Die Abteilung sei gegründet worden, um die Projekte in ihrer Vielzahl anzugehen. Es kämen natürlich neue Projekte hinzu, wie die vierte Reinigungsstufe. Vor 10 Jahren sei das noch kein Thema gewesen. Neue Anforderungen plus der alternde Bestand an Anlagen seien die derzeitigen Herausforderungen. In Sennestadt weniger, da es sich um eine relativ neue junge Anlage handele.
In Brake und Heepen sehe es anders aus. In Brake habe man in den 1970-iger Jahren sehr umfangreich saniert und erweitert. Es sei ein gewachsener Bestand, wo auch noch ein Bestand an Erstanlagen vorhanden sei. Hier sei der Sanierungsstau so massiv, dass man die Abteilung gegründet habe, um dem Herr zu werden. Man rede hier von einer Nutzungsdauer von 40 bis 50 Jahren, je nach Anlagenteil. Motoren seien viel schneller verschlissen, ein Belebungsbecken hält dagegen langfristig.

Herr Seipel weist darauf hin, dass aufgrund der Aggressivität der Stoffe nach ca. 25 Jahren eine Grundsanierung durchgeführt werden müsse. Bei den technischen Anlagen müsse man diese nach 10 bis 15 Jahren ausführen. Als ein Beispiel wird die Rechenanlage in Heepen genannt. Diese sei aus den 1970-iger Jahren. Diese hätte bereits vor 20 Jahren erneuert werden können.

In Zukunft wolle man zur Risikominimierung in Hinsicht auf Betriebssicherheit die gewählten Abschreibungsdauern nicht übermäßig überscheiten und rechtzeitig reinvestieren.

Herr Heimbeck fragt nach, ob die Abwasserbehandlung in ca. 40 Jahren noch so ablaufen wird, wie jetzt. Er denke an den Wasserverbrauch. Könne man es sich weiterhin erlauben, so große Wassermengen behandeln zu müssen. Ist es vom Energieverbrauch, von den Kapazitäten vorstellbar, oder gibt es Vorstellungen, Ideen, wie das Thema Abwasser neu zu denken wäre. Er habe keine konkreten Vorstellungen.
Zum Thema Zentrifugierung des Klärschlammes, stellt er die Frage, ob der Klärschlamm noch zusätzlich getrocknet werden müsse.

Frau Jordan antwortet auf die Frage, dass es in 40 Jahre noch Abwasseranlagen geben werde. Die gesetzlichen Anforderungen werden immer strenger. Aber bezüglich der Wasserwiederverwendung weist sie auf den Entwurf der Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) hin. Hier werde die Wiederverwendung nach der 4 Reinigungsstufe für Grünflächen, Gärtnereien oder Landwirtschaft empfohlen. Es dürfe natürlich nur so viel entnommen werden, dass die natürlichen Gewässer nicht zu wenig Wasser speisen.
Herr Tippel führt zum Thema Trocknungsstufe aus, dass man einen Einklang finden müsse zwischen den technischen Notwendigkeiten und der Wirtschaftlichkeit. Es bringe nichts, Unmengen an Energien und Bemühungen zu investieren, wenn das Ergebnis nicht wirtschaftlich sei.

Herr Kasper dankt für den sehr guten Vortrag. Seine erste Frage ist, wieviel Kosten aus KARL anfallen. Könne man einschätzen, wieviel Personalaufkommen benötigt werde, um die Bürokratie von KARL zu bewältigen?
Als zweites interessiere ihm, nach welchen Kriterien die neuen Projekte ausgesucht werden. Als Beispiele werden von ihm Klimaneutralität, Wirtschaftlichkeit, Funktionalität genannt.
Wo ist der Punkt erreicht, wo eine Sanierung der Anlage nicht mehr möglich sei?
Frau Jordan gibt zur Frage 1 Auskunft:
Der erste Investitionsplan über 90 Mio. Euro sei von ihr ausgearbeitet worden. KARL sei teilweise in den Projekten enthalten. Wieviel KARL in den Projekten enthalten sei, ist abhängig von verschiedensten Faktoren. Es lägen keine Studien vor. KARL sei in den Projekten mit ca. 30 Millionen Euro in Bezug auf erweiterte Reinigungsanforderungen enthalten. Es heiße aber nicht, dass KARL damit umgesetzt sei. Die Neuerungen aus diesem Jahr seien im letzten Jahr noch nicht bekannt gewesen.
Den zusätzlichen administrativen Aufwand könne man zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau einschätzen. Man wisse nicht, wie die Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht aussehe.
Herr Tippel führt aus, dass das Thema Personal ein sehr wichtiges Thema sei. Man stelle sich die Frage, wie man diesem Thema gerecht werden könne. Man sei im Austausch mit anderen Kläranlagenbetreibern, insbesondere für die vierte Reinigungsstufe. Hier sei man im aktiven Dialog.
Zu den Kriterien, wie Projekte ausgewählt werden, führt er aus, dass es die gesetzlichen Vorgaben seien, denen man gerecht werden müsse. Zum anderen habe man die Betriebssicherheit und das Potential. Das Potential sei zum einen das, was energetisch möglich und am Ende auch wirtschaftlich sei. Zum anderen müsse man gesetzliche Anforderungen gegenüber der Bezirksregierung gerecht werden. Die Aufgabe sei es, Potential entwickeln, rechtliche Rahmen abstecken und die Betriebssicherheit gewährleisten.

Frau Dr. Gerdes fragt nach der Taktung der Sanierung, an die man sich gewöhnen müsse.
Herr Tippel führt hierzu aus, dass es durch intelligente Mess- und Verfahrenstechnik möglich sei, schon im Vorfeld die Fehlerquellen zu erkennen. Dies funktioniere im Moment nicht so wie man es vorhabe. In der Historie sei es immer so gewesen, dass die Messtechnik immer weiter ausgearbeitet und immer besser gedeutet wurde und die Anlagen entsprechend gefahren werden. So wird z. B. bei einer Erhöhung der Nitratwerte darauf reagiert. Des Weiteren ist es denkbar, in Zukunft bei gewählten Einsatzorten Kamerabilder zu nutzen um Störstoffe im Zulauf zu erkennen. Dadurch könne frühzeitig auf Störungen reagiert werden. Ein weiterer großer Schwerpunkt sei die bauliche Instandhaltung wie beispielweise von Betonbauwerken. Beton sei ein sehr guter Werkstoff, den man auch in Zukunft nutzen möchte. Hier sei die Aufrechterhaltung der Bausubstanz Schwerpunkt. Zur Aufrechterhaltung der Bausubstanz bei Bestandsbauwerken ist es notwendig, in regelmäßigen Abständen Oberflächenbeschichtungsarbeiten durchzuführen. Es ist eine Strategie zu entwickeln, die Anlagen jetzt in einen entsprechenden Zustand zu bringen und genau die Handhabung frühzeitig zu erkennen.

Herr Stiesch dankt für den Vortrag. Er sehe es als Vorteil, dass frühzeitig eine Trennkanalisation gebaut wurde. So müssen nicht die gesamten Wassermengen über das Klärwerk laufen. Er fordert, dass die Kommunen nicht allein die Kosten tragen und sieht eine Mitverpflichtung bei den Herstellern. Dadurch müsse man einen verantwortungsvollen Umgang mit den Schadstoffen, wie z. B. Arzneimittel, erreichen.
Bezüglich des Klärschlammes müsse sichergestellt sein, dass dieser bestmöglich getrocknet sei.
Das gereinigte Wasser soll nicht den Vorflutern zugeführt werden, sondern direkt an Endverbraucher weitergeleitet werden (Landwirtschaft etc.)

Frau Jordan führt zu den Punkten aus, dass mit der novellierten Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) vorgesehen ist, das Wasser wiederverwendet werden darf, wenn es unbedenklich sei. Dies könne man pauschal nicht festlegen. Es müsse alles analysiert sein. Es sei eine gute Idee, die KARL mitbringt. Ob dies eine verpflichtende Vorgabe wird, wird sich erst zeigen, wenn KARL ins deutsche Recht überführt ist.

Herr Schnell dankt im Anschluss für den Vortrag. Man habe zwei Personen in der Enquete-Kommission Wasser. Hier wolle er nach dem Stand fragen und ob was Neues bekannt sei, insbesondere die Verursacher in die finanzielle Pflicht in dem fondbasierten Verfahren zu nehmen. Bei Gelegenheit könne man es dann zu einem späteren Zeitpunkt rückspiegeln.

Herr Gladow drückt seinen Dank für die Präsentation und die Beantwortung der gestellten Fragen aus. Er hätte eine Frage zur Energiegewinnung. Ist es möglich, aus der Wasserkraft Energie zu erzeugen?

Herr Tippel erklärt, dass an den Standorten der Kläranlagen aufgrund der Höhensituation im Ablauf keine Nutzung von Wasserkraft möglich ist.

Herr Krause fragt nach der Sanierung im laufenden Betrieb. Es würde bedeuten, dass die Anlagen weiterlaufen würden. Die neue Anlage würde dann dort auf den bestehenden Betriebshöfen errichtet werden. Sind dort die räumlichen Kapazitäten vorhanden?
Die zweite Frage bezieht sich auf den Klärschlamm. Dieser werde mechanisch getrocknet. Am Beispiel Bottrop zeigt er auf, wie dort der Klärschlamm in riesigen Gewächshäusern getrocknet wird. Ob dies in Teilbereichen für Bielefeld keine Option sei?
Des Weiteren weist er auf die Problematik Einsparung von Trinkwasser hin und fragt nach einer Abstimmung mit den Stadtwerken Bielefeld.

Herr Tippel gibt zu den Fragen Auskunft. Es sei eine große Herausforderung, die Sanierung der Kläranlagen im laufenden Betrieb durchzuführen. Einschränkungen ließen sich nicht vermeiden. Enge Absprachen seien dabei wichtig. Die Bauunternehmer bekommen mit den ausgearbeiteten Leistungsverzeichnissen Unterlagen zur Verfügung gestellt, die diese sensiblen Themen wie Betriebssicherheit und Kosten berücksichtigen.
Frau Jordan führt aus, dass die Stadt Bielefeld in der günstigen Situation sei, noch genügend Freiflächen zur Verfügung zu haben. Auch sie sieht es als große Herausforderung, die Anlagen im laufenden Betrieb umzubauen und die Sicherheit zu gewährleisten. Auf die Anlage in Bottrop angesprochen, führt sie aus, dass dies eine Vorzeigeanlage sei. Bottrop hat andere Gegebenheiten und Grundvoraussetzungen als wir in Bielefeld.

Herr Heimbeck weist darauf hin, dass in Bottrop der Klärschlamm mit Unterstützung von Kohle verbrannt wird. Er würde nicht so einfach verbrennen, wie angenommen.
Er geht noch einmal auf die Wiederverwendung ein, was auch KARL vorsehe. Warum wird nicht an ein geschlossenes System gedacht? Wo zum Beispiel die WC-Spülung immer wieder das gleiche Wasser verwendet. Derzeit wird Trinkwasser für die Spülung verwendet. Dies sei nicht notwendig.
Bei den Spuren von Arzneimitteln im Wasser wäre es eine Option, die Hersteller an den Kosten der Beseitigung zu beteiligen. Oder wird es eine Verpflichtung?
Als letztes wolle er auf die Baufachliche Richtlinie Abwasser (BFR Abwasser) eingehen und nachfragen, ob es in Bielefeld besonders große Menge oder Problemzonen gibt in Bezug auf Klärschlamm?

Frau Jordan antwortet auf die Fragen, dass das Wasser so aufbereitet werden muss, dass es problemlos wiederverwendet werden kann. Ob sich eine komplette Wasseraufbereitung des anfallenden Abwassers für ein Einfamilienhaus wirtschaftlich lohnt, könne sie sich derzeit nicht vorstellen.
Eine Trennung des Schwarz-, Braun- und Gelbwasser werde in anderen Ländern bereits gemacht. Solche Konzepte für Deutschland seien nicht bekannt.

Auf die Frage, ob die Herstellerverantwortung eine Pflicht wird, antwortet Frau Jordan, dass der Entwurf von KARL eine verpflichtende Herstellerbeteiligung vorsieht. Mindestens 80% der Gesamtkosten, die direkt für die 4 Reinigungsstufe nötig sind, incl. Investitions- und Betriebskosten, wird finanziert.
Ob die Hersteller die Kosten auf die Preise der Medikamente umlegen, kann nicht beantwortet werden. Wie die Heranziehung ausgestaltet wird, sei derzeit noch offen.

Frau Brinkman fragt nach Fördermitteln für die genannten Projekte. Sie wünsche sich eine Berichterstattung in einem angemessenen Zeitabstand über die Aktualisierung der Projekte.

Frau Jordan gibt hierzu die Information, dass es Fördermittel gibt. Allerdings sei es noch nicht klar, wie genau diese Förderung aussehen wird.

Herr Thole dankt Frau Jordan und Herrn Tippel. KARL werde den Ausschuss noch häufiger beschäftigen. Er sieht es als wichtig, dass die Mitglieder des Ausschusses Bescheid wissen, was auf dem Gebiet Kläranlagen, auch in den zukünftigen Jahren, anstünde.

-.-.-

Zu Punkt 6 <u>Infokampagne „Chillen ohne Müllen“ der Grünunterhaltung für mehr saubere Parkanlagen</u>

<u>Beratungsgrundlage:</u>

Drucksachennummer: 8150/2020-2025

Frau Dr. Gerdes hält die beiden Entwürfe für gelungen und dankt für die Entwürfe.

Herr Kasper bringt die Anfrage an, ob es nicht genügen würde, größere Müllbehälter aufzustellen, um den Müll zu entsorgen. Man habe ein Müllproblem. Gerade in den Grünanlagen wird es deutlich.

Herr Dr. Pues verweist auf laufende intensive Gespräche zum Thema Vermüllung und Reduzierungs- bzw. Vermeidungspotentiale mit und in den relevanten Abteilungen. Hierzu gehört u.a. die Veränderung der Behältergrößen und –arten bis hin zur Veränderung des Sammelsystems. Je umfassender die Systemumstellung wird, desto höher werden die notwendigen Investitionen. Im Tagesgeschäft ist auch die Zusammensetzung des Abfalls in den Papierkörben bzw. Sammelbehältern in den Grünanlagen ein Thema (Stichwort „Hundekotbeutel“) aufgrund der Bedeutung für die Arbeit der Mitarbeiter. Besondere Schwerpunkte gibt es zu bestimmen Ereignissen oder Schönwettersituationen z. B. nach Wochenenden. Dies wird aber fast immer bis zum Mittag des Folgetages gereinigt.

Herr Heimbeck weist darauf hin, dass es in erster Linie um Müllvermeidung und nicht um Müllproduktion gehe. Es könne nicht Ziel sein, immer mehr Müll zu produzieren. Es liefen bereits Projekte in den Schulen zur Müllvermeidung. Es sei aus seiner Sicht völlig kontraproduktiv, größere Müllbehälter aufzustellen.

Herr Stiesch verweist auf die Problematik, dass die Bürger ihr Essen in die Parks liefern lassen. Es funktioniere nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren Müll mit nach Hause nehmen. Es könne nicht sein, dass die Müllbehälter vergrößert werden bzw. die Mitarbeiter des UWB den Müll einsammeln. Er sehe es an den Zigarettenkippen und Kronkorken. Man müsse hier am Bewusstsein der Bevölkerung arbeiten.

Herr Strothmann fragt nach der Möglichkeit von Aufsätzen in der Art von Basketballkörben für Müllbehälter.

Herr Dr. Pues antwortet, dass dies noch nicht in Betracht gezogen worden sei. Es sei keine Frage, dass Müllbehälter auch Müll anziehe. Man habe noch kein System für gute Behälter in den Grünanlagen gefunden. Man sei für Anregungen seien sie dankbar und aufnahmefähig.

Herr Gladow fragt nach der Sonntagsarbeit durch die Beseitigung von Müll an.

Herr Dr. Pues führt aus, dass es Sonntagsarbeit im Bereich Grün punktuell zu bestimmten Anlässen gäbe. Eine genaue Aussage müsse nachgereicht werden. Auf Nachfrage bei der Geschäftsbereichsleitung Stadtgrün und Friedhöfe wird zu der Anfrage ausgeführt, dass es am Sonntag keine regelmäßigen Mülleinsätze bei der Grünunterhaltung gäbe. Die Schwerpunkte lägen bei den sogenannten HotSpots auf Freitag und Montag.

Herr Kasper widerspricht den Vorrednern. Man müsse sich als Stadt den Gegebenheiten anpassen. Es kann das Essen in den Park bestellt werden. Davon profitiere vor allem die Jugend. Es sei an der Zeit, größere Müllbehälter aufzustellen. Er begrüße es sehr.

Frau Steinkröger führt aus, dass das Gleichgewicht bewahrt bleiben müsse. Der Respekt vor einer sauberen Stadt und einer sauberen Umwelt sollte auch gefördert werden. Daher findet sie die Kampanie gut.

Frau Brinkmann widerspricht den Ausführungen der FDP. Mehr Müll würde auch mehr Kosten bedeuten. Wenn mehr Kosten anfallen, müssen auch die Gebühren erhöht werden.

Herr Kasper empfiehlt, die kleinen Müllbehälter gegen große Behälter auszutauschen.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 Neubau von Kolumbarien auf dem Alten Friedhof am Jahnplatz

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7751/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der BUWB folgenden

Beschluss:

Der BUWB empfiehlt, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. **Der Ratsbeschluss vom 10.03.2016 über den Verzicht des Baus weiterer Kolumbarien auf dem Alten Friedhof wird hiermit aufgehoben.**
2. **Dem Neubau von Kolumbarien mit 456 zusätzlichen Grabstätten an der östlichen Grenze des Alten Friedhofs am Jahnplatz wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 1. Tertialsbericht des UWB 2024

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8083/2020-2025

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen ohne Aussprache Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9 **Aktuelle Information zur Neuregelung durch § 2b Umsatzsteuergesetz**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8143/2020-2025

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen ohne Aussprache Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 **Nachhaltigkeitsberichtspflicht im Umweltbetrieb**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8097/2020-2025

Frau Brinkmann weist darauf hin, dass die Berichterstattung verpflichtend sei ab 2025 in Verbindung mit dem Jahresabschluss.
Die Durchsetzung bedeutet eine erhebliche Personalbindung und erhebliche Arbeit für den Umweltbetrieb. Sie glaube, dass es auch für den ISB die gleichen Anforderungen gibt, wie für den UWB. Da solle geschaut werden, ob man in gemeinsamen Vorbesprechungen Synergie-Effekte erziele könnte.

Herr Schnell fragt nach, ob der UWB einen Nachhaltigkeitsmanager hat.

Die Frage wird seitens der Betriebsleitung des UWB verneint.

Daraufhin verweist Herr Schnell auf die verschiedensten nationalen Fördermittel, auf die man sich bewerben könne. Er könne als Nachhaltigkeitsmanager hilfreich sein.

Herr Dr. Pues gibt die Auskunft, dass es ein sehr komplexes Thema sei. Das Gesetz sei noch nicht umgesetzt und soll im Juli erlassen werden. Intern habe man sich bis zu den Abteilungsleitern mit dem Thema im Rahmen eines Workshops mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC beschäftigt. Die Frage, wie komplex es wird, könne er derzeit nicht beantworten. Der UWB ist als Unternehmen in der Größenordnung, in der Nachhaltigkeitsberichte nach dem aktuellen Stand nicht optional sind. Man sei derzeit nicht so aufgestellt, dass man zum 01.01.2025 das Gesetz im vollen Umfang umsetzen kann. Es seien Austauschrunden für den Herbst 2024 angedacht.

Im Rahmen der Wesentlichkeitsanalyse ist zu bewerten, wie umfangreich einzelne Bereiche betroffen sind. Dabei geht es die Fragen, welchen Einfluss ein Prozess auf die Umwelt hat – und umgekehrt, welchen Einfluss

Nachhaltigkeitsaspekte auf den einzelnen Prozess im Unternehmen haben. Es sei ein umfangreicher Prozess, mit dem man sich auseinandersetzen muss.
Das bedeutet auch, dass vor- und nachgelagerte Bereiche der Wertschöpfungskette mit zu betrachten sind. Als Beispiel wird der Bereich Forsten genannt, in dem z. B. die Vorgaben der Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten zu berücksichtigen sind. Oder z. B. im Bereich der Abfallsammlung mit der Frage, wieviel CO_2 durch die Verbrennung des Restmülls entsteht.
Man wartet auf das Gesetz und dann wird ein längerer Umsetzungsprozess erwartet.

Herr Schnell weist darauf hin, dass seine Frage nicht beantwortet sei. Er betont die Wichtigkeit der Nachhaltigkeitsmanager.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen ohne Aussprache Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 **<u>Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand</u>**

Es liegen keine Beschlüsse vor.

-.-.-

Werner Thole (Vorsitzender Betriebsausschuss Umweltbetrieb)	Dörte Seifriedt (Schriftführerin)